

Blickpunkt Nachhaltigkeit



LBBW Research | Sustainability Research

Klimageld: Effektives Instrument oder zu kurz gedacht?

In aller Kürze:

- CO₂-Preis und andere Klimaschutzmaßnahmen erfahren wenig Zustimmung
- Um eine gesellschaftliche Spaltung in der Frage zu heilen, muss die Politik Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden
- Statt eines pauschalen Klimageldes schlagen wir Sanierungsverträge vor, die soziale Gerechtigkeit mit Klimaschutzinvestitionen verbinden

Sabrina Kremer
Sustainability Research
+49 711 127-74551
Sabrina.Kremer@LBBW.de

Gregor Mas
Research Associate
Gregor.Mas@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de
www.LBBW.de/Research

Klimapolitik in der Krise

Die Klimakrise und ihre Bekämpfung stellen Gesellschaften weltweit vor große Herausforderungen. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise ist unausweichlich, aber mit Schmerzen verbunden. Die gesellschaftlichen Widerstände gegen die Veränderungen im Dienste der Reduktion von Treibhausgasen nehmen zu. Intensiviert durch die anhaltenden Krisenerfahrungen wie der Coronapandemie und dem Krieg in der Ukraine fühlen sich immer mehr Menschen verunsichert und verlieren das Vertrauen in die Problemlösefähigkeit der Politik. Diese Skepsis gegenüber Veränderungen und damit verbundene Ängste vor Wohlstandsverlust bedrohen die gesellschaftliche Unterstützung für den Klimaschutz. Politiker stehen nun vor der Aufgabe, Klimapolitik mit sozialer Akzeptanz zu verbinden. Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP mit dem Klimageld ein Instrument vereinbart, dass soziale Gerechtigkeit sicherstellen soll. Mit dem Bruch der Ampel werden die Karten der Politik nun neu gemischt. Unter diesen Umständen lohnt es sich zu diskutieren, welche Optionen einer neuen Regierung bleiben. Wir haben einen konkreten Vorschlag.

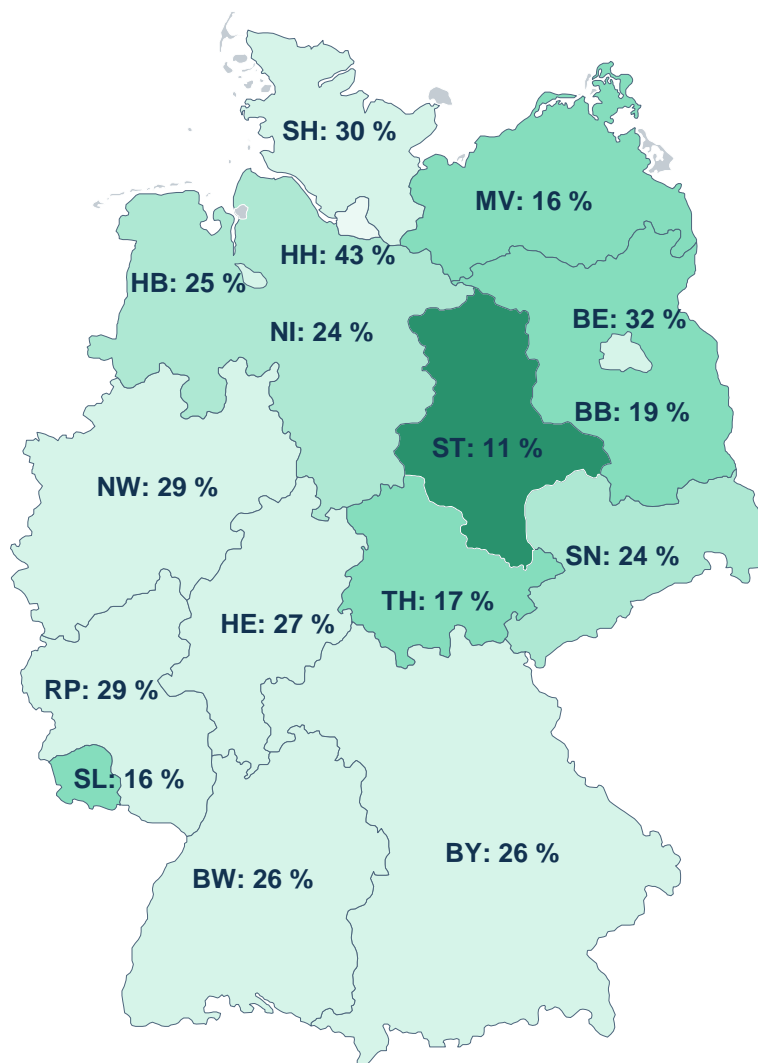
Klimaschutz stellt
Gesellschaft vor
Zerreißprobe

Wenig Unterstützung für CO₂-Preis

Im Januar 2021 hat die damalige schwarz-rote Bundesregierung in Deutschland einen CO₂-Preis in den Bereichen Verkehr und Wärme eingeführt. Sein Ziel ist, den Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe zu verteuern und es attraktiver zu machen, erneuerbare Energieträger oder Strom zu nutzen. Das würde zugleich die Emission von Treibhausgasen senken. Den [bis 2026 staatlich festgelegten Anstieg](#) des Preises bekommen die Haushalte an der Zapfsäule und auf der Stromrechnung zu spüren, sodass er eine zentrale Rolle in der Wahrnehmung der Klimapolitik einnimmt. Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zeigt, dass die Akzeptanz dieser Maßnahme in der Bevölkerung gering ist. Gerade einmal ein Viertel der Befragten finden demnach eine CO₂-Bepreisung in Ordnung. Dabei ist diese Ablehnung insbesondere in den neuen Bundesländern ausgeprägter. In Sachsen-Anhalt etwa stimmten nur 11 % der Befragten einer CO₂-Bepreisung zu.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt den CO₂-Preis ab

Abb. 1: Akzeptanz der CO₂-Bepreisung nach Bundesländern
Angaben in %



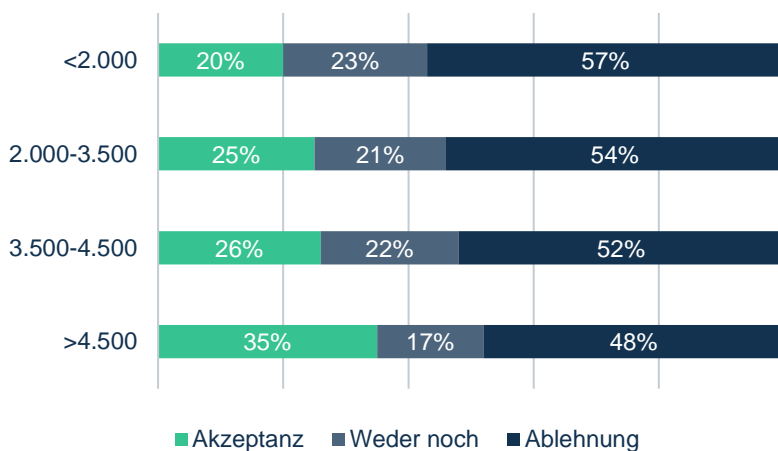
Regionale Unterschiede in der Akzeptanz

Quelle: IMK, LBBW Research

Doch hinter den regionalen Unterschieden ein reines Ost-West-Problem zu vermuten, greift zu kurz. Vielmehr sind es in erster Linie Einkommensunterschiede und die Angst vor Wohlstandsverlust, die die geringe Akzeptanz für die CO₂-Bepreisung erklären. In der erwähnten Umfrage

hielt mehr als ein Drittel der Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 4.500 Euro den CO₂-Preis für akzeptabel, während es bei Menschen mit einem Einkommen unter 2.000 Euro nur 20 % waren. Diese Ergebnisse sind nachvollziehbar. Einkommensschwache Haushalte sind von der CO₂-Bepreisung stärker betroffen, da sie prozentual einen höheren Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden müssen. Zudem haben sie weniger finanziellen Spielraum, auf energieeffizientere Alternativen umzusteigen. Ohne adäquate soziale Ausgleichsmaßnahmen wie das Klimageld erhöht der CO₂-Preis ihre finanzielle Belastung unverhältnismäßig stark. Auch die wahrgenommene finanzielle Lage und die Angst vor wirtschaftlichem Abstieg spielen eine wichtige Rolle. So lehnten 70 Prozent derjenigen, die sich große Sorgen um die allgemeine und eigene wirtschaftliche Situation machen, den CO₂-Preis ab.

Abb. 2: Akzeptanz der CO₂-Bepreisung nach Einkommen
Angaben in %



Quelle: IMK, LBBW Research

Energiewende als soziale Frage

Die Skepsis gegenüber dem CO₂-Preis lässt sich auch als allgemeine Entwicklung bei klimapolitischen Maßnahmen beobachten. Der Pessimismus der Deutschen, was die Energiewende anbelangt, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung sorgten sich im Jahr 2022 etwa 30 Prozent der Befragten in Deutschland, dass die Energiewende den Wohlstand gefährden könnte. 2023 stieg dieser Anteil auf 40 Prozent. Wie zu erwarten, spielen gesellschaftliche Spaltungslinien eine erhebliche Rolle in der Einschätzung des Konfliktes zwischen Klimaschutz und Wohlstand. So befürchten Anhänger klimapolitisch progressiver Parteien seltener Wohlstandsverluste durch die Energie- oder Verkehrswende, während Wähler konservativerer Parteien skeptischer sind. Auch Menschen aus ländlichen Regionen befürchten eher wirtschaftliche Einbußen im Zuge der Transformation. Einkommensschwache Gruppen halten zudem die Gefahr einer sozialen Spaltung durch die Energiewende für hoch.

Diese Ergebnisse verdeutlichen: Klimapolitik muss sozial gerecht gestaltet werden. Doch 2023 hielten nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung die Umsetzung der Transformation für gerecht. Die Gesellschaft driftet auseinander, und die Polarisierung nimmt weiter zu. Die Bewältigung der ökologischen Krise ist daher nicht zuletzt auch eine soziale Frage. Die Aufgabe der Politik ist es, sie zu beantworten. Sie muss Sorgen auffangen und auf Bedürfnisse eingehen. Es gilt, glaubwürdig zu kommunizieren, wie eine vollständige Umstellung der Produktionsmethoden ohne wirtschaftlichen Abstieg gelingen kann.

**Finanzielle Lage
als bedeutendster
Faktor für
Akzeptanz**

**Zwischen
Klimaschutz und
Wohlstand**

**Die Politik
muss Sorgen
auffangen**

55,5 %

der Deutschen befürchten eine soziale Spaltung

Mit den Erfahrungen der Energiekrise sind auch die Befürchtungen sozialer Spannungen in Deutschland deutlich gewachsen. Die Krise erreichte im Herbst 2022 ihren Höhepunkt, als die Preise für Strom und Wärmeenergie stark anstiegen.

Pro und Contra Klimageld

Wie also lässt sich trotz der sozialen Spannungen nachhaltige Akzeptanz für die Klimapolitik herstellen? Als Ausgleich für den unbeliebten CO₂-Preis empfehlen viele Politikberater, die Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel sozial ausgewogen an die Bürger zurückzugeben. Auch die Ampel hatte im Koalitionsvertrag 2021 einen sozialen Kompensationsmechanismus geplant, das sogenannte Klimageld. Es sollte als pauschaler Betrag an alle Bürger ausgeschüttet werden. Die Umsetzung geriet wegen fehlender Zahlungswege aber ins Stocken, der Plan ist bis heute nicht umgesetzt.

Andere Länder haben bereits einen Rückzahlungsmechanismus installiert, um die Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen abzufedern. So verteilt etwa die Schweiz einen Teil der CO₂-Abgabe an alle krankenversicherten Personen im Land, indem sie den Betrag mit den Krankenversicherungsbeiträgen verrechnet. In Österreich wurde der sogenannte Klimabonus 2022 eingeführt. Seither ist er umstritten – unter anderem, so die Kritik, weil er keinen Anreiz schaffe, Emissionen zu senken. Im Gegenteil: Je höher die Emissionen – etwa in ländlichen Gebieten mit schlechter ÖPNV-Anbindung – desto höher ist in der Alpenrepublik der regional gestaffelte Bonus. Zudem fördere der Klimabonus keine klimafreundlichen Investitionen, so die Gegner. Entsprechend steht die Zahlung bei den Koalitionsverhandlungen auf der Streichliste mehrerer Parteien. Das stellt auch eine neue deutsche Bundesregierung vor die Frage, ob sie das Konzept der Pro-Kopf-Zahlung weiterverfolgen sollte oder ob es nicht bessere Alternativen gibt.

Der Vorzug des Klimageldes: Durch die medienwirksame Verknüpfung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis und der Rücküberweisung signalisiert der Staat, dass er sich nicht an der Mehrbelastung der Bürger bereichern will. Allerdings ist diese suggerierte Verknüpfung für die Haushaltsbilanz irrelevant. Am Ende dienen sämtliche Einnahmen – ob nun aus CO₂-Abgaben oder Steuern – zur Deckung aller Ausgaben. Der Staat könnte also ebenso Steuern senken oder andere Mittel zur Finanzierung nutzen. Die Frage lautet: Wie kann man die zusätzlichen staatlichen Einnahmen verwenden, um langfristig gesellschaftliche Akzeptanz für Klimapolitik zu schaffen?

In der finanzwissenschaftlichen Literatur finden sich zahlreiche Optionen, um solche Einnahmen zu verteilen. Allgemein gilt: Jegliche Art von Ausgleichsmechanismus erhöht die öffentliche Unterstützung. Ob das pauschale Pro-Kopf-Klimageld dabei tatsächlich die beste Option ist, steht noch zur Debatte.

Klimageld ist international kein Unikat

Abb. 3: Optionen der Einkommensrückführung

Tabellarische Darstellung

Option	Vorteile	Nachteile
<p>Einheitliche Geldtransfers</p> <p>Jeder Bürger erhält denselben Beitrag aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Einfachheit: Prinzipiell einfache administrative Umsetzung; einfach zu kommunizieren ● Soziale Gerechtigkeit: Entlastet ärmere Haushalte, da diese meist einen kleineren CO₂-Fußabdruck haben 	<ul style="list-style-type: none"> ● Verpasste Chancen: Fehlende Anreize für gezielte energieeffiziente Investitionen ● Verteilungseffekte: Wohlhabende Haushalte erhalten denselben Betrag, was als ungerecht interpretiert werden kann
<p>Gezielte Geldtransfers</p> <p>Einkommensschwache Haushalte erhalten einen größeren Beitrag aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Effektive Unterstützung: Ressourcen fließen gezielt an bedürftige Bürger ● Verbesserte Effizienz: Geringere Gesamtkosten, da nicht jeder Bürger Unterstützung braucht 	<ul style="list-style-type: none"> ● Komplexe Verwaltung: Höherer administrativer Aufwand ● Stigmatisierung: Bedarfsabhängige Hilfen können zu Stigmatisierung führen
<p>Grüne Ausgaben</p> <p>Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung werden in nachhaltige Projekte und Klimaschutzmaßnahmen investiert.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Langfristige Vorteile: Langfristiger Nutzen durch nachhaltigere und widerstandsfähigere Wirtschaft ● Wirtschaftliche Anreize: Arbeitsplätze und Chancen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Langfristiger ROI: Vorteile zeigen sich oft erst langfristig ● Kommunikation: Schwierigere Verknüpfung mit Einnahmen aus CO₂-Handel
<p>Steuersenkungen</p> <p>Die Einnahmen werden genutzt, um Steuern für die Bevölkerung zu senken.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Kaufkraftsteigerung: Erhöht verfügbares Einkommen ● Wirtschaftliche Anreize: Kann Konsum und Investition anregen 	<ul style="list-style-type: none"> ● Verpasste Chancen: Keine Anreize konkret für grüne Investitionen ● Verteilungseffekte: Kann zu ungleicher Verteilung führen
<p>Öffentliche Finanzen</p> <p>Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung fließen direkt in den Bundeshaushalt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Staatliche Investitionen: Ermöglicht Investitionen, die durch die Schuldenbremse nicht möglich sind ● Wirtschaftliche Stabilität: Kann zur Schuldenbegleichung genutzt werden 	<ul style="list-style-type: none"> ● Effizienz: Risiko ineffizienter Ausgaben durch bürokratische Prozesse ● Anreize: Schafft keine Anreize für einen nachhaltigeren Lebensstil auf persönlicher Ebene

Quelle: LBBW Research

Wer möchte, dass Maßnahmen zum Klimaschutz auf Dauer breite Akzeptanz finden, sollte dafür sorgen, dass Klimaschutz langfristig günstiger wird. Es muss eine Aussicht auf Entlastung geben. Zudem ist es wichtig, die hohen anfänglichen Kosten zumindest teilweise abzufedern. Denn die Angst vor wirtschaftlichem Abstieg resultiert aus dem Gefühl, dass die Transformation dem eigenen Portemonnaie mehr schadet als Nutzen bringt. Diesen Sorgen kann die Politik durch individuelle Verbesserungen entgegenwirken. Einmalige Bargeldauszahlungen unterstützen jedoch nicht unbedingt Investitionen, wie etwa die Verbesserung der Energieeffizienz eines Hauses. Sie führen eher zu kurzfristigem Konsum, was die Akzeptanz der Maßnahme möglicherweise für den Moment erhöht, aber nicht nachhaltig. Bei regelmäßigen Geldzahlungen tritt zudem ein Gewöhnungseffekt ein: Die Menschen sehen sie nach einer Weile als Selbstverständlichkeit an. Ein Wandel des Konsumverhaltens ist dadurch nicht zu erwarten.

Stattdessen sollte das aus dem CO₂-Handel erwirtschaftete Geld in grüne Ausgaben fließen. Sie ermöglichen nachhaltige Investitionen und schaffen gesellschaftliche Zustimmung. So gesehen wäre es sinnvoll,

Aussicht auf
künftige
Entlastung hilft

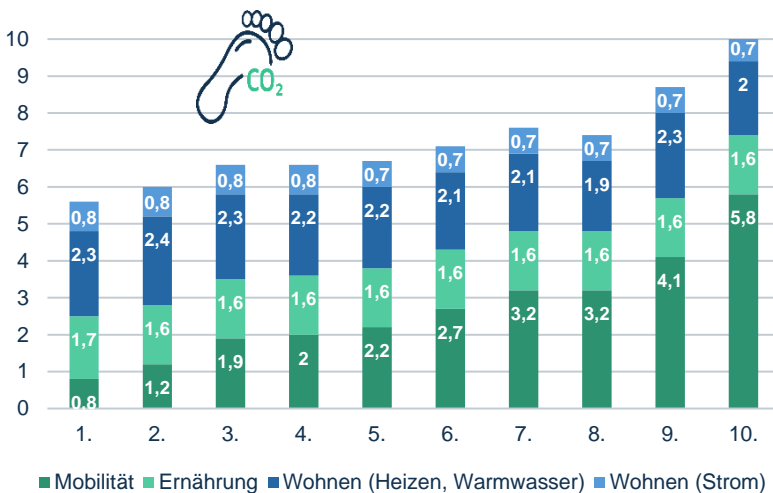
die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen zu koppeln. Tatsächlich sieht der Bundeshaushalt für 2025 bereits vor, dass die Erlöse aus der CO₂-Bepreisung in den Klima- und Transformationsfonds fließen. Das ermöglicht die Verknüpfung zwischen Einnahmen und Investitionen. Doch eben diese Verbindung kommuniziert die Politik nicht ausreichend, und die Investitionen sind nicht unmittelbar zu spüren. Um der Skepsis gegenüber Klimapolitik entgegenzuwirken, muss klar ersichtlich und spürbar sein, wie sich die Lebensumstände mit dem eingenommenen Geld in einer nachhaltigen Art und Weise verbessern.

Gerechtigkeit und Klimaschutz

Was also tun mit den erwirtschafteten Geldern aus dem CO₂-Preis? Wenn eine Kopplung an grüne Ausgaben im Staatshaushalt möglicherweise zu indirekt ist und zudem die einkommensschwächsten Mitglieder der Gesellschaft nicht ausreichend entlastet, braucht es einen anderen Denkansatz. Wo kann man einkommensschwache Haushalte entlasten und gleichzeitig Anreize schaffen, Emissionen zu reduzieren? Oder klarer: Wo drückt der Schuh, und wie kann man helfen?

Einen Hinweis könnte der Pro-Kopf-CO₂-Fußabdruck nach Einkommensklasse liefern. Bei einkommensschwachen und armutsgefährdeten Haushalte entfällt mehr als die Hälfte des CO₂-Fußabdrucks auf Wohnen inklusive Heizen und Warmwasser. Im deutschen Durchschnitt entsteht fast ein Viertel der personenbezogenen Emissionen durch das Wohnen. In diesem Bereich ließe sich durch gezielte Sanierungen und Investitionen gleichzeitig finanzieller und klimatischer Druck abbauen. In den obersten Einkommensklassen spielt übrigens der Bereich Mobilität die bedeutendste Rolle im CO₂-Fußabdruck, nicht das Wohnen. Allgemein ist beobachtbar, dass die individuellen CO₂-Emissionen mit dem Einkommen steigen, was an ungleich verteilten Möglichkeiten für Konsum und Lebensstil liegt.

Abb. 4: Pro-Kopf-CO₂-Fußabdruck nach Einkommensdezilen
In Tonnen CO₂, durchschnittlich pro Jahr (2023)



Quelle: DIW, LBBW Research

Sich auf die Sanierung ineffizienter Wohngebäude zu konzentrieren, ist umweltfreundlich und gleichzeitig sozial gerecht. Denn obwohl Haushalte mit geringem Einkommen tendenziell weniger Emissionen verursachen, machen bei ihnen CO₂-bezogene Kosten einen größeren Anteil des verfügbaren Einkommens aus als bei Bessergestellten. So sind insbesondere höhere Heizkosten deutlich zu spüren. Mit dem weiteren Anstieg des CO₂-Preises nimmt auch die Belastung weiter zu. So verursacht eine herkömmliche Gasheizung bei einem jährlichen Verbrauch

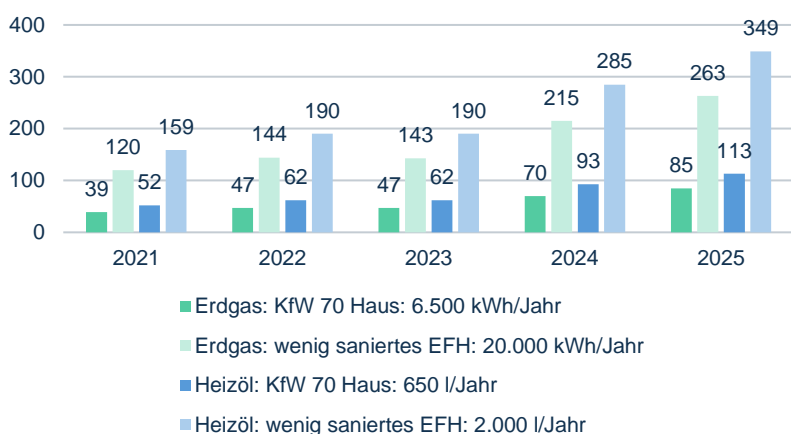
Green Spending
statt Gegenwarts-
konsum

Einkommens-
schwache zahlen
proportional mehr
fürs Wohnen

Belastungen
nehmen weiter zu

von 20.000 kWh insgesamt rund 4 t CO₂, was schon 2021 Mehrkosten von rund 120 EUR bedeutete (siehe Abb. 5). Dieses Jahr werden es 263 EUR sein. 2027 soll ein europäischer Emissionshandel für die Bereiche Gebäude und Verkehr den bisher pro Jahr staatlich festgelegten nationalen CO₂-Preis ablösen. Es ist davon auszugehen, dass der CO₂-Preis dann noch deutlicher in die Höhe klettern wird. Diesen Preisanstieg nicht abzdämpfen, – etwa indem der Staat eine Verbesserung der Energieeffizienz von Wohngebäuden finanziell unterstützt – wäre nicht nur sozial ungerecht, sondern auch eine verpasste Chance.

Abb. 5: Mehrkosten durch CO₂-Preis bei Einfamilienhäusern
EUR je Heizungsart



Quelle: Verbraucherzentrale, LBBW Research

Klimaschutz durch Sanierungen

Für Menschen, die durch den CO₂-Preis (und ähnliche klimapolitische Maßnahmen) konkret von Armut bedroht sind, spielt der Bereich Wohnen also eine entscheidende Rolle. Hohe Energiekosten in alten Gebäuden mit ineffizienten Heizsystemen belasten insbesondere einkommensschwache Haushalte überproportional. Um sie langfristig zu entlasten, bedarf es gezielter Investitionen. Bessere Isolierung und zukunftsfähige Wärmepumpen sind nur zwei Beispiele für Maßnahmen. Statt das Klimageld einfach an Haushalte auszuschütten, kann der gezielte Einsatz für energetische Sanierung Abhilfe schaffen. Diese Maßnahmen sollten die Dämmung von Wänden und Dächern, den Austausch ineffizienter Fenster und Türen sowie die Modernisierung von Heizsystemen umfassen.

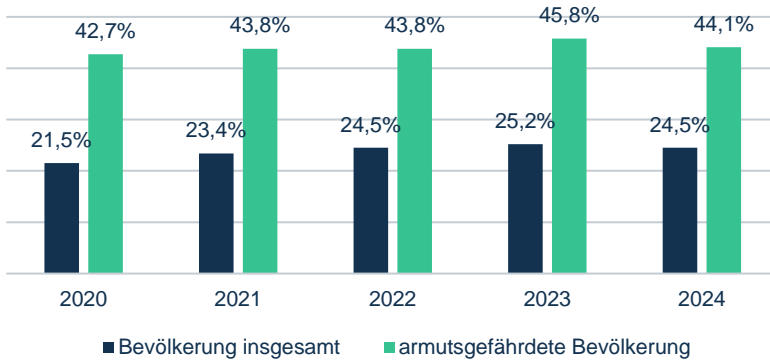
Zugleich müssten entsprechende Programme die Besonderheiten des deutschen Mietmarktes berücksichtigen. Ein Großteil der Deutschen – und insbesondere die Mehrheit der einkommensschwachen Menschen – lebt in Mietwohnungen. Es ist daher entscheidend, Vermieter zu energetischen Sanierungen zu motivieren, ohne dass dies zu erheblichen Mieterhöhungen führt. So lag der oben bereits erwähnte Wohnkostenanteil für die armutsgefährdete Bevölkerung im Jahr 2024 bei 44,1 % des verfügbaren Haushaltseinkommens, während der Anteil für den deutschen Durchschnitt etwa ein Viertel ausmachte (siehe Abb. 6). Der Wohnkostenanteil umfasst dabei Wasser- und Abwasser-, Energie- und Heizkosten, Ausgaben für die Instandhaltung der Wohnung oder des Hauses sowie sonstige Wohnkosten. Armutsgefährdet ist nach der Definition des statistischen Bundesamtes eine Person, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Bevölkerung beträgt. Im Jahr 2024 waren 15,5 % der Bevölkerung oder rund 13,1 Millionen Menschen in Deutschland armutsgefährdet. Wenn man die Definition etwas erweitert auf „von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht“,

Finanzielle
Entlastung durch
Sanierungen

Deutschen
Mietmarkt
berücksichtigen

steigt der Anteil auf fast 21 %. Keine Regierung kann sich erlauben, eine so breite Bevölkerungsschicht zu ignorieren.

Abb. 6: Wohnkostenanteil in Deutschland
Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommen



Quelle: Destatis, LBBW Research

Eine mögliche Lösung könnten spezielle „Sanierungsverträge“ sein, die nach dem Vorbild der bereits umgesetzten Klimaschutzverträge für Unternehmen gestaltet sind. In diesen Verträgen würden sich Bauunternehmen und Vermieter verpflichten, ihre Mietobjekte klimafreundlich zu renovieren ohne die Miete entsprechend zu erhöhen. Im Gegenzug würden sie eine finanzielle Entlastung aus staatlichen Mitteln erhalten. Die finanzielle Förderung von Klimaschutzmaßnahmen hat in der Vergangenheit – wie etwa bei E-Autos oder Wärmepumpen – häufig zu höheren Verkaufspreisen und unerwünschten Mitnahmeeffekten geführt. Um das zu vermeiden, müssen transparente und wettbewerbsorientierte Ausschreibungsverfahren eingeführt werden. Sanierungsverträge sind jedoch individuelle Verträge. Verhandelt wird die Höhe der benötigten Förderung im Verhältnis zur eingesparten Energie. Zugeteilt werden nur jene Immobilien mit dem besten Verhältnis von eingesetztem Euro zu eingesparten kWh. Damit wird nicht eine bestimmte Technologie, sondern die Wirkung der Maßnahmen gefördert. Die Mittel könnten sich aus dem CO₂-Preis speisen. Für Vermieter und Bauunternehmen bietet sich der Vorteil, dass sie längst überfällige Modernisierungen endlich in Angriff nehmen könnten. Für den Staat ergäben sich zwei Vorteile: Zum einen könnten langfristig Energiekosten und CO₂-Emissionen sinken, was die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen erhöht. Zum anderen kommt der Staat dem Ziel der EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie ein Stück näher.

Wohngebäude, in denen die Not am größten ist, sollten hier Priorität haben. Informationen dazu könnte man aus Mietspiegeldaten, Informationen zu Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern, Energieverbrauchsdaten und Gebäudeeffizienzklassen gewinnen. Eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Sozialverbänden könnte ebenfalls wertvolle Informationen liefern. Diese Ansätze ermöglichen eine gezielte und effiziente Unterstützung der bedürftigsten Haushalte. Darüber hinaus könnte der Staat durch diese Maßnahmen Heizkostenzuschüsse einsparen. Sie machen im Bundeshaushalt zwar lediglich 200 Millionen Euro pro Jahr aus, doch jede Entlastung zählt.

Fazit

Menschen mit geringem Einkommen stehen durch Klimaschutzmaßnahmen wie dem CO₂-Preis besonders unter Druck. Obwohl sie tendenziell weniger Emissionen verursachen, leiden sie mehr unter den gestiegenen Kosten für CO₂-intensive Produkte. Dieser Umstand erscheint nicht nur ungerecht, sondern auch ineffizient. Menschen, die das Kapital für energetische Verbesserungen des Eigenheims besitzen, verspüren

15,5 % der Bevölkerung von Armut bedroht

Klimaschutzverträge
Unternehmen bewerben sich in einem Auktionsverfahren um Fördermittel zur Finanzierung klimafreundlicher Produktionsanlagen. Die beihilferechtliche Genehmigung seitens der EU Kommission wurde vorab erteilt, wodurch das Verfahren schneller und effizienter abläuft.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zugleich verbessern

Direkter Effekt spürbar

durch eine Klimapauschale wohl kaum einen Anreiz, diese Verbesserungen umzusetzen. Einkommensschwache Haushalte, deren monatliche Kosten durch einfache Maßnahmen potenziell sinken, besitzen auch nach der Überweisung eines Klimageldes häufig weder Mittel noch Möglichkeiten, entsprechende Sanierungen umzusetzen. Sanierungsverträge bieten eine Möglichkeit, Einnahmen aus dem CO₂-Handel sozial gerecht und klimapolitisch zielgenau zu verteilen. So gelangt das Geld an die Stellen, wo es am dringlichsten benötigt wird und direkt einen Effekt erzielt.

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Mitteilung zum Urheberrecht: © 2014, Moody's Analytics, Inc., Lizenzgeber und Konzerngesellschaften ("Moody's"). Alle Rechte vorbehalten. Ratings und sonstige Informationen von Moody's ("Moody's-Informationen") sind Eigentum von Moody's und/oder dessen Lizenzgebern und urheberrechtlich oder durch sonstige geistige Eigentumsrechte geschützt. Der Vertriebshändler erhält die Moody's-Informationen von Moody's in Lizenz. Es ist niemandem gestattet, Moody's-Informationen ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Moody's ganz oder teilweise, in welcher Form oder Weise oder mit welchen Methoden auch immer, zu kopieren oder anderweitig zu reproduzieren, neu zu verpacken, weiterzuleiten, zu übertragen zu verbreiten, zu vertreiben oder weiterzuverkaufen oder zur späteren Nutzung für einen solchen Zweck zu speichern. Moody's® ist ein eingetragenes Warenzeichen.

